

Kohle-Kraftwerk Moorburg

Oberverwaltungsgericht Hamburg gibt Klage des
BUND statt und widerruft die wasserrechtliche
Erlaubnis

18. Januar 2013

Az. 5 E 11/08



Förderkreis »Rettet die Elbe« eV

Geschichte

2005 wurde von der Firma Vattenfall angekündigt, ein Kohlekraftwerk im Hafen Hamburg bauen zu wollen.

2007 wurde der Plan ausgelegt und erörtert. Strittig war das Werk sowohl wegen der Emission von Treibhausgas als auch wegen der Einleitung von Kühlwasser in die Elbe.

2008 erteilte die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt die Erlaubnis für die Anlage

2010 entschärfte die Behörde die wasserrechtliche Erlaubnis auf Druck von Vattenfall

2013 gab das Oberverwaltungsgericht einem Antrag des BUND weitgehend statt.

Die **Bedeutung** des Verfahrens besteht darin, dass erstmalig in Deutschland für eine große Anlage eine **wasserrechtliche Erlaubnis im Sinne der WRRL** erteilt und diese von einem **Gericht geprüft** wurde.

Kläger:

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland, Landesverband Hamburg e.V.

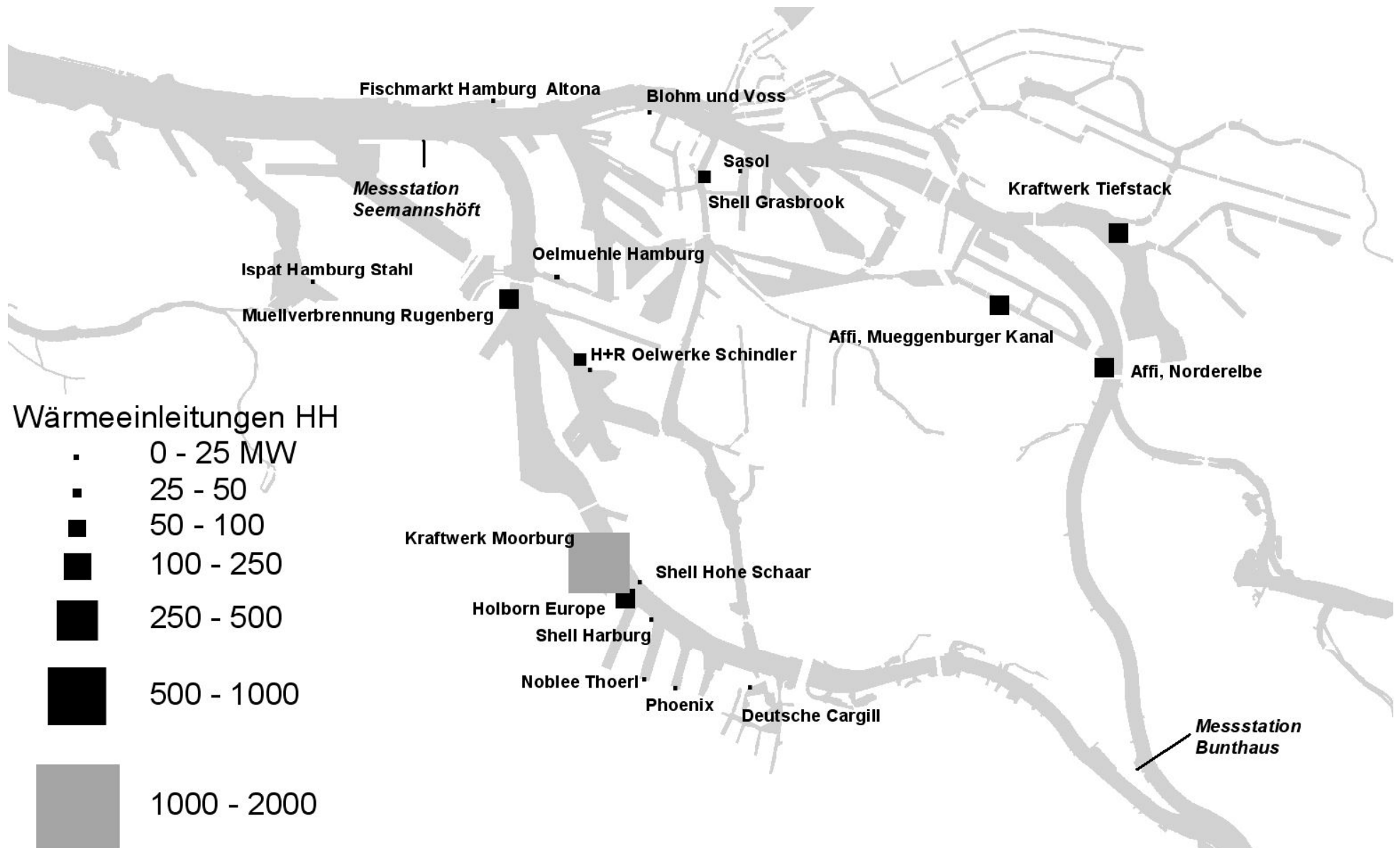
Beklagte:

Freie und Hansestadt Hamburg, vertreten durch die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

Beigeladene:

Vattenfall Europe Generation AG

"Die der Beigeladenen erteilte wasserrechtliche Erlaubnis Nr. 4/5 AI 43 in der Fassung vom 4. Oktober 2010 mit der Änderung durch den Bescheid vom 21. Januar 2011 wird insoweit aufgehoben, als darin der Beigeladenen die Entnahme und die Wiedereinleitung von Elbwasser zum Zweck der Durchlaufkühlung des Kraftwerks erlaubt wird. Im übrigen wird die Klage abgewiesen."



Mit einer Wärmeeinleitung von fast 2000 MW in 64 Kubikmeter/s unter Vollast wäre KW Moorburg bei weitem der größte Wärme-Einleiter in Hamburg

Gründe der Entscheidung:

Die Regelung in § 27 Abs. 2 Nr. 1 WHG ist bei der Erteilung von wasserrechtlichen Erlaubnissen nach § 12 Abs. 1 Nr. 1 WHG als unmittelbar geltendes Recht zu beachten, sie gilt nicht nur nach Maßgabe der in §§ 82 ff. WHG vorgesehenen Maßnahmenprogramme und Bewirtschaftungspläne ... Sie verbietet die substantielle Verschlechterung der Qualität des betroffenen Gewässers über eine durch den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit gezogene Relevanzschwelle hinaus ... Diese Schwelle wird mit den nachteiligen Auswirkungen, die von der erlaubten Kühlwassernutzung für die Durchlaufkühlung zu erwarten sind, überschritten Die Voraussetzungen für eine Ausnahme vom Verschlechterungsverbot nach § 31 Abs. 2 WHG liegen nicht vor ..."

Erläuterung der Gründe des Gerichts:

"Zur Erreichung eines guten Zustands bzw. eines guten Potentials eines Gewässers mögen Pläne und Programme unverzichtbar sein, zur Sicherung des bestehenden Zustands sind sie es ersichtlich nicht. Die Argumentation der Beklagten wie der Beigeladenen läuft hingegen darauf hinaus, die Geltung bzw. die Wirkung des Verschlechterungsverbots zu relativieren, wenn seine Wirkungen sich auf die Einhaltung von administrativ vorgegebenen Planungen und Maßnahmen beschränken müssten. Eine solche Relativierung wäre insbesondere zu befürchten, wenn Maßnahmenprogramme und Bewirtschaftungspläne Umfang und Grenzen des Verschlechterungsverbots abschließend festlegen könnten."

Erläuterung der Gründe des Gerichts:

"Von einer Verschlechterung in diesem Sinn kann nicht erst dann gesprochen werden, wenn das Gewässer infolge der negativen Wirkungen einer Gewässerbenutzung in eine schlechtere Zustandsklasse als bisher einzustufen ist ... Auch erlaubt das Gesetz nicht, über das Vorliegen einer Verschlechterung im Rahmen einer Abwägung mit gegenläufigen, insbesondere wirtschaftlichen Interessen zu entscheiden ... Vielmehr löst grundsätzlich jede substantielle negative Einwirkung auf ein Gewässer eine Verschlechterung aus. Eine Einschränkung erfährt der Begriff der Verschlechterung nur durch das Prinzip der Verhältnismäßigkeit, wonach negative Einwirkungen unterhalb einer Relevanzschwelle unbeachtlich sind ... "

Konsequenzen:

Umweltbehörde und Firma Vattenfall können Revision beim Bundesverwaltungsgericht einlegen. Bleibt das Urteil bestehen, darf das Kraftwerk Moorburg nur mit einer Kreislaufkühlung betrieben werden.

Ein konkretes Projekt kann nicht schon deshalb erlaubt werden, weil Bewirtschaftungsplan und Maßnahmenplan das Verschlechterungsverbot aufheben.

Welche Verschlechterung durch ein Projekt eintritt, kann nicht allein an Zustandsklassen gemessen werden, sondern an den konkreten Eigenschaften des Gewässers im Wirkungsbereich des Projekts.

Bei der Aufstellung der künftigen Bewirtschaftungspläne sollte beachtet werden, dass sie nicht der Abgrenzung nach unten dienen, sondern "nur" Instrument zur Verbesserung der Gewässer sind.